

Gemeinderatsvorlage Nr. 174/2014

Vorlage an	GR <input checked="" type="checkbox"/>	VA <input type="checkbox"/> AUT <input type="checkbox"/> OR-W <input type="checkbox"/> OR-T <input type="checkbox"/>	öffentlich <input checked="" type="checkbox"/> nichtöffentlich <input type="checkbox"/>
Sitzung am	20.11.2014		
Vorberatung	ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>	OR-W <input type="checkbox"/> Beirat <input type="checkbox"/> VA <input type="checkbox"/> AUT <input type="checkbox"/> OR-T <input type="checkbox"/>	öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich <input type="checkbox"/>
Sperrvermerk für Presse	ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>	Beteiligte FB: --	Beteiligung des Umweltschutzbeauftragten ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>
Aktenzeichen 502.15	Stichwort Gesundheit	Folgekostenberechnung ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>	

Medizinische Versorgung in Schramberg – Informationen über die aktuelle Situation und die Aktivitäten der Stadt Schramberg

1. Bericht

Die medizinische Versorgung ist Teil der Daseinsvorsorge. Teilweise wird die medizinische Versorgung gar als Kernelement der Daseinsvorsorge bezeichnet.

In 172 Städten und Gemeinde in Baden-Württemberg befindet sich keine Arztpraxis mehr und in 198 Kommunen liegt der Versorgungsgrad unter 75%, d. h. es besteht eine Unterversorgung. Nach Auskunft der Landesregierung gibt es aktuell 7.115 Hausärzte. Bei rund 10,6 Mio. Einwohner kommen auf einen Hausarzt statistisch gesehen ca. 1.490 Einwohner. Selbst bei einem von der KV unterstellten Rückgang um 1.000 Hausärzte, käme rechnerisch noch immer ein Hausarzt auf rund 1.750 Einwohner, so die Schlussfolgerung der Landesregierung. Nach dieser Statistik würde kein Mangelproblem, sondern ein Verteilungsproblem bestehen.

Im Mittelbereich Schramberg liegt nach der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung der Versorgungsgrad bei der hausärztlichen Versorgung bei rund 130%. Entsprechend dieser Bedarfsplanung besteht in Schramberg und Umgebung damit eine Überversorgung. In Baden-Württemberg weisen nur 4 der insgesamt 101 Mittelbereiche einen höheren Versorgungsgrad auf. Hierbei wird für Schramberg und Umgebung von einer angepassten Verhältniszahl von 1.652 Patienten je Arzt ausgegangen, was einem Versorgungsgrad von 100% entspricht. Nicht berücksichtigt wird hierbei die demographische Entwicklung bei den niedergelassenen Ärzten. Diese Daten und Feststellungen entsprechen den Aussagen von Herrn Dr. Hinz von der KV Freiburg in der Sitzung des Gemeinderats am 10.04.2014.

Auf Grund der Tatsache, dass es Mittelbereiche gibt (u.a. auch Schramberg), in denen eine Überversorgung besteht, muss die jüngst erhobene Forderung des Städte- und Gemeindetags, einen Rechtsanspruch auf einen Hausarztsitz für jede Gemeinde einzuräumen, durchaus auch kritisch gesehen werden. Für den Fall, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen künftig in überversorgten Bereichen Ärztsitze erwerben würden, könnten diese auch in unterversorgte Gebiete „abwandern“ und somit nicht im bisherigen Mittelbereich wiederbesetzt werden. Möglicherweise soll damit das oben genannte Verteilungsproblem zu Lasten der überversorgten Mittelbereiche gelöst werden?

Derzeit können in überversorgten und damit gesperrten Bezirken frei werdende Arztsitze wieder besetzt werden. In sog. Nachbesetzungsverfahren wurden jüngst ein Hausarztsitz in Waldmössingen und ein Facharztsitz in der Talstadt gesichert bzw. wiederbesetzt werden. Insofern muss der von Teilen der Öffentlichkeit geäußerten Ansicht, dass die medizinische Versorgung in Schramberg immer schlechter werde, widersprochen werden. Dabei werden die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Schließung des Krankenhauses in Schramberg und auch die teilweise bestehenden Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Arztsitzen nicht verkannt. Festzuhalten ist jedoch, dass weitere Nachbesetzungsverfahren eingeleitet und Wiederbesetzungen von Sitzen nicht ausgeschlossen sind.

Die Verwaltung wird weiterhin alle sich ergebenden Möglichkeiten und Chancen nutzen, sowie die notwendigen Unterstützungen geben, damit frei werdende Arztsitze in Schramberg und Umgebung wieder besetzt werden können. In diesem Zusammenhang hat sich zwischenzeitlich ein vertrauensvoller Kontakt zu den beteiligten Institutionen, wie auch zur KV Freiburg, entwickelt. Auch von dort wird glaubhaft versichert, alles zu tun, damit frei werdende Sitze im Mittelbereich Schramberg von interessierten Ärzten übernommen werden können.

Unabdingbar ist es jedoch, dass sich Schramberg als attraktiver Standort präsentiert und Rahmenbedingungen schafft, damit Investitions- und Ansiedlungsentscheidungen zugunsten von Schramberg getroffen werden. Hierzu zählen nicht nur harte sondern auch weiche Standortfaktoren. Entsprechende Handlungsempfehlungen aus vergangenen Gesundheitskonferenzen fasste die Stuttgarter Zeitung passend mit „hübsch machen für den Doktor“ zusammen.

Mitte 2013 musste das Projekt, eine „Polyklinik“ bzw. ein Ärztehaus in der Talstadt zu errichten, aufgegeben werden. Das Scheitern dieses Projektes ist allein damit zu begründen, dass die Nachfrage nach Flächen in einem zu errichtenden Ärztehaus nicht ausreichend und deshalb eine Investition und ein wirtschaftlicher Betrieb der Einrichtung bzw. des Gebäudes nicht möglich waren.

Die Verwaltung arbeitet trotz dieses Rückschlags weiterhin an Projekten zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und steht aktuell wieder in Kontakt mit Dienstleistern, Bauträgern und potentiellen Interessierten. Ob es dieses Mal gelingt, ein Medizinisches Versorgungszentrum oder ein Ärztehaus zu etablieren, ist noch offen. Weitere Sondierungsgespräche stehen in Kürze an. Über den Fortgang der Verhandlungen wird die Verwaltung wieder berichten.

Mit Schreiben vom 03.10.2014 fordert der Ärzteverbund Schramberg und Umgebung von Stadtverwaltung und Gemeinderat deren Unterstützung und die Verabschiedung einer Resolution zur medizinischen Versorgung der Raumschaft Schramberg (vgl. Anlage).

Mit dieser Resolution werden Politik, die Parteien, die Kassenärztliche Vereinigung, die Krankenkassen und die Öffentlichkeit aufgefordert, die Rahmenbedingungen in der Weise zu ändern, damit die Sicherung der ambulanten ärztlichen Versorgung auf dem Land gewährleistet wird. Der Erhalt und die Verbesserung der zur Daseinsvorsorge zählenden medizinischen Versorgung muss zum Wahlkampfthema gemacht werden, ansonsten würde sich nichts Entscheidendes ändern, so der Ärzteverbund. Auf die beigefügte Resolution zur medizinischen Versorgung in der Raumschaft Schramberg wird hingewiesen.

In dieser Resolution ist u.a. auch die Forderung enthalten, dass die vom Städte- und Gemeindetag erhobene Forderung, einen Rechtsanspruch für jede Kommune auf einen Hausarzt festzuschreiben. Unter Berücksichtigung der obenstehenden Ausführungen sollte diese Forderung mit dem Hinweis auf die aktuell bestehenden Überversorgung im Mittelbereich Schramberg gründlich überdacht und abgewogen werden.

2. Beschlussvorschlag

- a) Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen und Unterstützungen zum Erhalt und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Schramberg zu ergreifen bzw. zu geben. Über die Ergebnisse wird unter der Wahrung der Schutzbedürfnisse Dritter zeitnah informiert.
- b) Der vorliegenden Resolution des Ärztebunds Schramberg und Umgebung vom 03.10.2014 wird zugestimmt. Den politischen Mandatsträgern im Wahlkreis, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, der Kassenärztlichen Vereinigung Freiburg und den Krankenkassen der Region wird die Resolution übersandt und über den vom Gemeinderat der Großen Kreisstadt Schramberg getroffenen Beschluss informiert.

Schramberg, den 04.11.2014

Uwe Weisser
FB 1

3. Aufnahme auf die Tagesordnung des Gemeinderats am 20.11.2014

Thomas Herzog
Oberbürgermeister

Anlage: Schreiben Ärzteverband mit Resolution